

Bundesarbeitsgemeinschaft



der Freien
Wohlfahrtspflege

28.09.2026

Aktionswoche Migration und Flucht 2026:

Beratungsangebote sichern - gesellschaftlichen
Zusammenhalt stärken

Von heute an bis zum 2. Oktober 2026 rufen die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege zu einer Aktionswoche für die bundesweit geförderten Programme im Bereich Migration und Flucht auf. Ziel ist es, die Arbeit der Träger sichtbarer zu machen und politische Entscheidungsträger:innen im Vorfeld der Haushaltsberatungen für 2027 von der Notwendigkeit einer verlässlichen und dauerhaften Finanzierung der Bundesprogramme zu überzeugen.

Unverzichtbare Arbeit für das demokratische Gemeinwesen

„Beratungsstellen und Fachdienste unterstützen Menschen mit Flucht- und Migrationserfahrungen beim Ankommen, bei der Orientierung, bei der Bewältigung konkreter Probleme und fördern die gesellschaftliche

Teilhabe. Sie erklären u.a. die jeweiligen Rechte und Pflichten und leisten damit einen Beitrag zu Rechtsstaat, sozialer Teilhabe und gesellschaftlichem Zusammenhalt. Umso mehr beunruhigen uns die anhaltenden Spardebatten und drastischen Kürzungen in einzelnen Programmen wie der Migrationsberatung für erwachsene Zugewanderte und der behördenunabhängigen Asylverfahrensberatung sowie das Fehlen einer verlässlichen, längerfristigen Haushaltsplanung“, erklärt Achim Meyer auf der Heyde, Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW).

Kürzungen bedrohen bewährte Strukturen

Im Fokus der Aktionswoche stehen folgende Beratungsangebote:

- das Bundesflüchtlingsprogramm mit den Psychosozialen Zentren für Geflüchtete (PSZ)
- die Migrationsberatung für erwachsene Zugewanderte (MBE)
- die Jugendmigrationsdienste (JMD)
- die behördenunabhängige Asylverfahrensberatung (AVB)

Bundesweit nutzen zahlreiche Träger die Aktionswoche, um in Gesprächen mit Entscheidungsträger:innen, bei Veranstaltungen vor Ort und an Tagen der offenen Tür die Bedeutung dieser Programme in den Blick zu nehmen - insbesondere die Bedeutung für ratsuchende Menschen sowie für den gesellschaftlichen Zusammenhalt insgesamt. Der Asylverfahrensberatung droht eine Kürzung um 80%. Auch bei der Migrationsberatung für erwachsene Zugewanderte sind laut Haushaltsentwurf für 2027 drastische Kürzungen geplant. Damit drohen über Jahre gewachsene, für das Gemeinwesen unverzichtbare Strukturen wegzubrechen – mit spürbaren

Folgen für laufende Integrationsprozesse.

Forderung nach nachhaltiger Finanzierung

Die Verbände der BAGFW fordern die Bundesregierung und politisch Verantwortliche auf, diese stabilisierenden Säulen unserer Gesellschaft zu stärken. Notwendig ist eine auskömmliche, verlässliche und gesetzlich verankerte Regelfinanzierung – statt wiederkehrender Unsicherheit im Haushalt.

Weitere Informationen zu den Angeboten der Migrationsfachdienste und zur Aktionswoche finden Sie in den Factsheets der BAGFW zur MBE, AVB und

Bundesflüchtlingsprogramm/ PSZ unter:

www.bagfw.de/themen/migration-und-integration

[#AnkommenUnterstützen](#) [#StarkeMigrationsberatung](#)

Dateien

[Pressemeldung](#) 148 KB

[Zum Seitenanfang](#)

